



Krista Sager

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik
Arbeitskreis 5: Wissensgesellschaft und Generationen
Bündnis 90/Die Grünen

Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler brauchen verlässlichere Perspektiven und mehr Planbarkeit. Wenn die besten Köpfe für Forschung und Lehre gewonnen und im verschärften Wettbewerb im Zuge des demographischen Wandels auch gehalten werden sollen, muss Wissenschaft als Beruf attraktiver werden.

Die Personalstrukturen an den Hochschulen sind dramatisch in Schieflage geraten. Heute arbeiten Dreiviertel des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals an den Universitäten auf befristeten Stellen, in Teilzeit oder in prekären Verhältnissen. Hinzu kommt ein wachsendes Heer an nebenberuflich Beschäftigten. Dem steht eine seit Jahren stagnierende Zahl an Professuren gegenüber, so dass nur noch 14 Prozent des hauptberuflichen Personals Professorinnen und Professoren sind. Die berufliche Tätigkeit in der Wissenschaft ist ein Va-banquespiel geworden: Wer trotz guter oder sogar sehr guter Leistung in der Post-Doc-Phase den Sprung auf die Professur nicht schafft, landet mit Mitte 40 in der beruflichen Sackgasse, weil es keine dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten neben der Professur gibt.

Allein durch die höheren Anforderungen an die Lehre im Zuge der Bologna-Reform fehlen nach den Berechnungen des Wissenschaftsrates rund 4.000 Professuren. Für viele Daueraufgaben in Forschung und Lehre muss der Anteil an unbefristeten Stellen deutlich erhöht werden. Auch im Drittmittelbereich sollte es nicht ausschließlich befristete Stellen geben. Der hohe Drittmittelanteil ist unter anderem eine Folge der stagnierenden oder sogar sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen.

Neben der auskömmlichen Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bedarf es aber auch der entschlossenen Fortsetzung der Personalstrukturereformen, die unter Rot-Grün mit der Juniorprofessur begonnen wurde. Der Bund muss ein Anreizprogramm für zusätzliche Juniorprofessuren mit Tenure Track auflegen, um die überkommene Habilitation weiter zurückzudrängen. Bund-Länder-Programme wie der Hochschulpakt sollten mit Mindestanteilen und Anreizen für unbefristete Beschäftigung verknüpft werden. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss dringend revidiert und für tarifvertragliche Regelungen geöffnet werden. Da der Bund keine Kompetenzen für die Personalstrukturen hat, sollten wissenschaftsadäquate Regelungen am besten tarifvertraglich ausgehandelt werden von den Vertretungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und den Vertretungen der autonomen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.